



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebshammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Sozial- und Lohn-Dumping darf im Freistaat nicht Schule machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich für den Erhalt der Arbeitsplätze am unterfränkischen Kaufland-Logistikstandort Donnersdorf einzusetzen und darüber dem Landtag schriftlich und im zuständigen Ausschuss mündlich insbesondere über folgende Punkte zu berichten:

- Wie bewertet die Staatsregierung die Pläne von Kaufland, gekündigte Mitarbeiter durch osteuropäisches Personal von Werkunternehmen zu ersetzen vor dem Hintergrund, dass das Unternehmen bereits 2012 wegen illegaler Scheinwerkverträge am selben Standort ein Bußgeld von 9 Mio. Euro zahlen musste?
- Welche konkreten Pläne hat die Staatsregierung, um die von Kündigung bedrohten rund 350 Beschäftigten am Kaufland-Standort Donnersdorf zu unterstützen und deren Arbeitsplätze möglichst doch noch zu erhalten?
- Wie stellt die Staatsregierung generell sicher, dass beim Einsatz von Werkunternehmen im Freistaat die deutschen Arbeits- und Sozialstandards eingehalten, keine Scheinwerkverträge geschlossen und die vereinbarten Tariflöhne gezahlt werden?
- Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, um derlei Unternehmenspraktiken künftig möglichst zu unterbinden, mithilfe derer reguläre Arbeitsverhältnisse durch Werkverträge ersetzt werden, um Lohn- und Sozialstandards zu drücken?

Begründung:

Die geplante Entlassung von rund zwei Dritteln der Belegschaft am Kaufland-Logistikstandort Donnersdorf und deren Ersetzung durch Werkvertragsnehmer wirft erhebliche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragen auf. Besonders kritisch erscheint dies vor dem Hintergrund, dass Kaufland am selben Standort bereits 2012 wegen illegaler Scheinwerkverträge sanktioniert wurde. Die Staatsregierung muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Arbeitsplätze zu erhalten und die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten sicherzustellen.